



ORTSGESPRÄCH

Eine Bürgerinformation für den Ortsteil Schnathorst

3. J A H R G A N G Nr.: 1/84



2.5 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik

**14 000 Arbeitslose
im Kreis MI - Lübbecke**

**500 Arbeitslose in
der Gemeinde
Hüllhorst**

WEITERHIN IN DIESER AUSGABE:

L 876:

"UMWELTZERSTÖRUNG IM STRUCKHOF VERHINDERN !"



Schnathorster Ortsgespräch

Inhalt:

Inhalt/Impressum..... 2

Vorwort..... 3

Am 30. September entscheidet der Bürger:
Unsere Mannschaft für den Gemeinderat..... 4

Landstraße L 876:
U M W E L T Z E R S T Ö R U N G I M
S T R U C K H O F V E R H I N D E R N..... 5

Arbeitsmarktsituation in der Gemeinde Hüllhorst:
D I E K A T A S T R O P H E
V O R D E R H A U S T Ü R..... 7

NACHRICHTEN aus Schnathorst..... 9

Anliegerbeiträge:
CDU nimmt ihren Beschluß zurück..... 10

Waldsterben:
Warten, bis alles kaputt ist..... 12

Impressum:

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands
-Ortsverein Schnathorst-

Verantwortlich: Reinhard Wandtke
Bollweg 35
4971 Hüllhorst

Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Erich Maschmeier, Helmut Post, Heinz Krusberski
Wilfried Tiemeier, Reinhard Wandtke, Ralf Kühn

Weitere Mitarbeiter: Horst Jording, Ernst-Wilhelm und Martin Rahe, Karl Schwarze,
Wilhelm Pöttger, Paul Rautenberg, Hans Hamel Heinrich
Schwettmann, Christa- und Karl-Friedrich Lange, Jürgen Meister

Layout: Wilfried Tiemeier, Ernst-Wilhelm Rahe, Horst Jording, Martin Rahe,
Karl Schwarze

Organisation: E.-W. Rahe Auflage: 700 Exemplare

Druck: SPD- Unterbezirk Minden-Lübbecke

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wie bereits in den letzten Jahren möchte die Redaktion " Ortsgespräch " die Gelegenheit nutzen, über Entwicklungen und Neuigkeiten in Schnathorst zu informieren.

Für diese Ausgabe war es uns besonders wichtig, auf das Thema " Landstraße 876 " einzugehen, weil wir meinen, daß die Bevölkerung an der Entscheidungsfindung beteiligt werden muß, bevor man unwider- rufliche Tatsachen schafft.

Wer in der letzten Zeit die Tageszeitung verfolgt hat, dem wird wohl kaum entgangen sein, daß noch in diesem Jahr- genauer gesagt am 30. September 1984- die Bürger an die Wahlurnen gerufen werden, um ihre Kandidaten in den Gemeinderat zu wählen.

Die CDU bedauert zwar, daß " die SPD diesmal sehr frühzeitig aus den Startlöchern " gekommen ist.

Wir sind jedoch der Meinung, daß der Bürger garnicht früh genug Gelegenheit haben muß, sich über die Vorstellungen der Parteien für die Gemeindeentwicklung in den nächsten Jahren zu informieren. Außerdem gehört es zu unseren Grundsätzen, nicht nur kurz vor der Wahl " die Katze aus dem Sack zu lassen ".

Der Bürger muß sich auch nach der Wahl über Entscheidungen des Gemeinderates informieren und aktiv daran beteiligen können.

Darum geben wir auch diese Zeitung heraus.

Das durchweg positive Echo hierauf zeigt, daß wir mit dieser Vor- stellung richtig liegen.

In dieser, und in den nächsten Ausgaben des "Ortsgesprächs", werden wir unsere Ziele in den einzelnen fachlichen Bereichen der Kommunalpolitik vorstellen.

Im Gegensatz zur CDU meinen wir, daß Kommunalpolitik mehr ist als "ausgleichende und unterstützende Arbeit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten".

Wer so Kommunalpolitik macht, "verwaltet" eine Gemeinde, "gestaltet" sie aber nicht. Denn: Nichtstun ist eine Form des Handelns, meistens die schlechteste!

Die Hüllhorster Sozialdemokraten setzen dem ein Konzept einer gestalterischen und bürgernahen Kommunalpolitik entgegen.

"Bürgernah" heißt, daß alle Bürger, Interessengruppen und Vereine frühzeitig über Planungen informiert werden und mitwirken können, und daß das Rathaus ein Haus der offenen Tür wird, in dem sich jeder engagieren kann.

Wir als Kandidaten für den Ortsteil Schnathorst werden gemeinsam mit unserem Bürgermeisterkandidaten Karl Schwarze eine lebendige und bürgernahe Gemeinde schaffen.

Ihre Ratskandidaten

Heinz Krusberski
Helmut Post
Erich Maschmeier

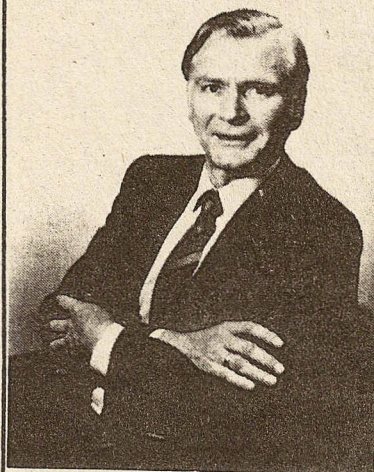
Am 30. September entscheidet der Bürger!

Wie bereits in unserem Vorwort erläutert, finden am 30. September dieses Jahres die Kommunalwahlen statt.

Wir möchten an dieser Stelle allen Bürgern die Gelegenheit geben, unsere Kandidatenmannschaft und den Spitzenkandidaten der SPD für das Amt des Bürgermeisters kennenzulernen:

Der Bürgermeisterkandidat:

UND KANDIDAT FÜR DEN WAHLKREIS 9
(Hüllhorst -Ost)



Karl Schwarze

- gebürtiger Hüllhorster
- 56 Jahre alt
- Diplomingenieur
- Stellv. Tiefbauamtsleiter bei der Stadt Herford
- verheiratet
- Vater von zwei Kindern

Seine politische Tätigkeit begann im Jahre 1964 im

Rat der Altgemeinde Hüllhorst. Nach der Kommunalwahl 1969 wurde er Bürgermeister der Gemeinde Hüllhorst und hatte dieses Amt bis zur Gebietsreform 1973 inne.

Von 1973 bis 1975 war er im Rat der Großgemeinde. Nach seiner Wahl in den Gemeinderat 1979 wurde er zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion berufen.

Alle, die ihn kennen, wissen:

Karl Schwarze ist ein Mann des Ausgleichs. Sachlichkeit und Sachkompetenz sind die Eigenschaften, die er in die kommunalpolitische Arbeit einbringt.

Karl Schwarze wörtlich:

" Als Bürgermeister werde ich als erstes versuchen, die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen zu verbessern. Damit eine gute Arbeit möglich wird. So, wie bisher, darf es einfach nicht weitergehen. Zusammenarbeit schließt nicht aus, daß Meinungsunterschiede deutlich ausgesprochen und auch in der Öffentlichkeit ausgetragen werden.

Im Interesse unserer Gemeinde muß aber eine Einigung auf sachbezogene und zukunftsorientierte Lösungen und Entscheidungen möglich sein."

Für uns ins Rathaus:



Wahlkreis 12
(Schnathorst-Mitte):
Erich Maschmeier

56 Jahre alt, verheiratet, Vater von 2 Kindern, Arbeiter in der Möbelindustrie.

Erich Maschmeier ist seit 1975 als Vertreter des Ortsteiles Schnathorst im Rat der Gemeinde Hüllhorst. Er ist Mitglied im Haupt- und Finanzausschuß sowie im Werks- und Entwässerungsausschuß.

Ersatzvertreter: Reinhard Wandtke

Wahlkreis 13
(Schnathorst Süd/West):
Heinz Krusberski



59 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern, Betriebsmeister im Baugewerbe, Betriebsratsmitglied.

Heinz Krusberski ist seit 1964 im Rat der damaligen Gemeinde Schnathorst und seit 1973 Ratsmitglied in der Großgemeinde Hüllhorst. Als Fachmann in der Sozialpolitik ist er Vorsitzender des Sozialausschusses.

Ersatzvertreter: Hartmut Maschmeier

Wahlkreis 14
(Schnathorst Süd/Ost):
Helmut Post

55 Jahre alt, verheiratet, Vater von 3 Kindern, Tischlermeister

Helmut Post ist seit 1979 für Schnathorst im Rat der Gemeinde Hüllhorst und im Wege- und Bauausschuß.

Ersatzvertreter: Wilfried Tiemeier



UMWELTZERSTÖRUNG im Struckhof verhindern !

DIE ARGUMENTE DER SPD GEGEN DIE NEUTRASSIERUNG DER L 876:

In einer Zeit, in der die erschreckenden Folgen rigoroser Umweltzerstörung immer deutlicher werden, in der in allen Bereichen umweltverändernder Maßnahmen ein langsames, aber stetiges Umdenken erfolgt, scheinen bei der regierenden Mehrheit im Hüllhorster Rathaus die Uhren stehen geblieben zu sein.

Ehrgeizig, als wolle man sich selbst ein Denkmal setzen, wird an einem Ratsbeschluß aus dem Jahre 1977 festgehalten, der damals bereits gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gefaßt wurde.

Man hatte beschlossen, die vorhandene Landstraße L 876 (Mindener Straße) in Form einer "großzügigen Umgehung" des Struckhofes durch eine völlig neue Straßenführung, die etwa bei der Zimmerei Struckmeier das Siek überquert, die Großenberkener Straße kreuzt, an der alten Windmühle vorbei etwa 600 m vor der Wallücke wieder auf den alten Verlauf der L876 trifft, zu ersetzen.

Im Jahre 1977 konnte man noch davon ausgehen, daß die geplante Autobahn A 5 (Bremen-Gießen) in absehbarer Zeit durch die Wallücke verlaufen würde. Nur eine Anbindung der Gemeinde Hüllhorst an das Autobahnnetz hätte möglicherweise den Ausbau der L 876 gerechtfertigt.

Aus dem Bundesfernstraßenbedarfsplan ist die A 5 jedoch seit Jahren gestrichen. Da der Ausbau der vorhandenen Straße nach Aussage des Landesstraßenbauamtes Minden technisch durchaus möglich ist, muß die Frage der Notwendigkeit einer Neutrassierung neu gestellt werden.

Ohne Frage sind die betroffenen Anlieger der Mindener Straße Belästigungen durch den Verkehr ausgesetzt. Dieses Argument kann bei der nachgewiesenen geringen Verkehrsbelastung jedoch nicht zu hoch bewertet werden.

Es grenzte an einen Schildbürgerstreich, würde man den relativ gering besiedelten Struckhof "großzügig umgehen", den gesamten Verkehr jedoch 100 m vor dem Ortseingangsschild dem Ortskern Schnathorst wieder zuzuführen! Neben der Zerstörung wertvoller Landschaft und der Verschwendung immer knapper werdender Haushaltsmittel würde hier jeder Grundsatz von Ausgewogenheit und Verhältnismäßigkeit verletzt.

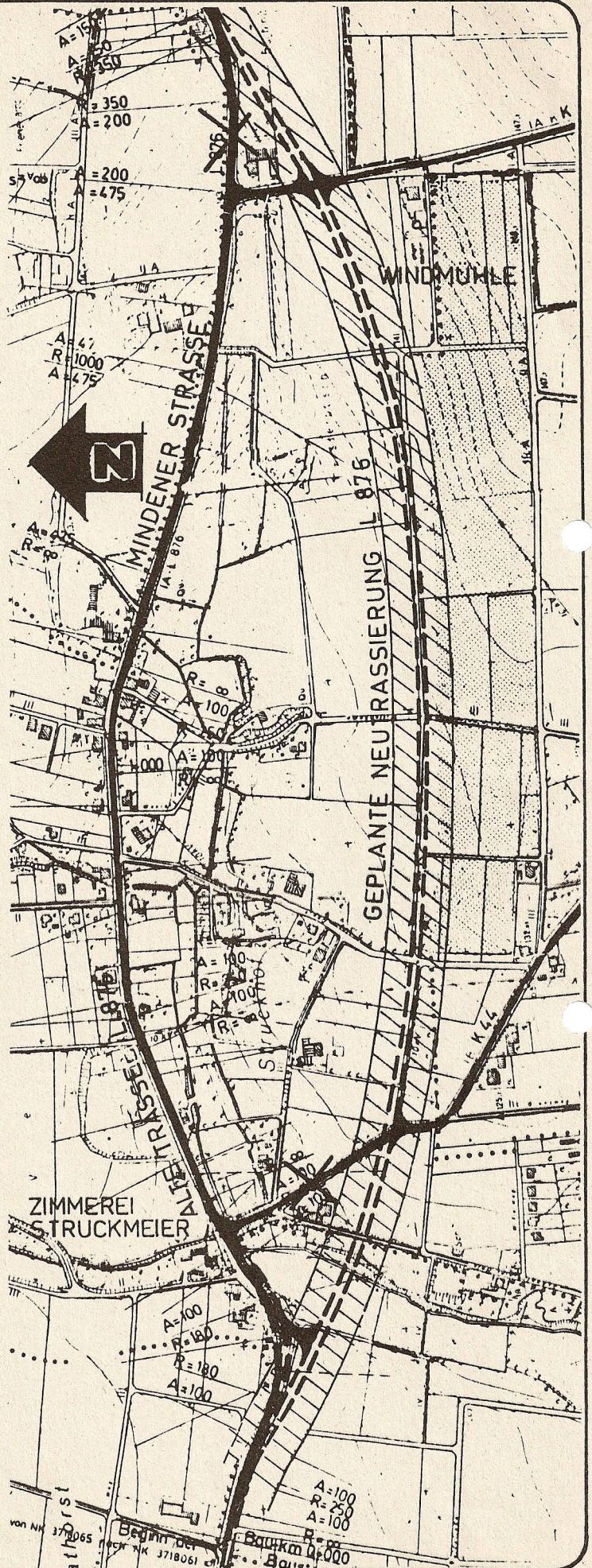
Oder haben die deutlich vernehmbaren Unkenrufe, die besagen, daß der im Struckhof wohnende Landrat am "Schraubchen dreht", doch einen kleinen Wahrheitsgehalt?

Die SPD-Fraktion hat inzwischen den Antrag gestellt, den Ratsbeschluß aus dem Jahre 1977 aufzuheben und einen neuen Beschluß zum Ausbau der alten L 876 zu fassen. Sie hat sich dabei von folgenden Überlegungen leiten lassen:

1. Die Verkehrsbelastung ist als gering anzusehen. Sie beträgt mit 2400 Kraftfahrzeugen (DTV, letzte Zählung am 1.3.1984) etwa 15-20% der Auslastung einer zweispurigen Landstrasse.

2. Der Ausbau der alten Trasse ist mit Rad/Gehweg und Grünstreifen sehr wohl möglich. Die Sicherheit für Anlieger und Verkehrsteilnehmer wird entsprechend gewährleistet.
3. Der Ausbau der alten Trasse ist mit wesentlich geringeren Mitteln möglich. Die Verschwendung von Steuergeldern in Millionenhöhe muß verhindert werden.
4. Die Abstufung der alten L 876 auf 1,5 km Länge(!) würde für die Gemeinde Hüllhorst erhebliche zusätzliche Unterhaltungskosten mit sich bringen. Ein verkehrssicherer Ausbau könnte von den Anliegern in absehbarer Zeit nicht erwartet werden.
5. Die Neutrassierung zerstört zusammenhängende, landwirtschaftlich genutzte Flächen. Die Restflächen würden durch zwangsläufiges Abbinden von Wirtschaftswegen schwer erreichbar werden.
6. Der Zerstörung wertvoller Landschaft und Natur muß Einhalt geboten werden. Die neue Trasse würde einen 200 m langen, 15 m hohen und 70 m breiten Damm durch das Siek bei der Zimmerei Struckmeier erfordern! Neben der optischen Umweltverschmutzung sind ökologische Dauerschäden nicht auszuschließen.

Äußerungen aus der Bevölkerung, die sich in Leserbriefen, Unterschriftenaktionen und im Gespräch ausdrücken, lassen erkennen, wie sensibel Bürger reagieren, wenn es um die Erhaltung ihrer Umwelt geht. Und wenn es darum geht, unsinnige, geldverschlingende Projekte richtiger zu beurteilen als mancher "bürgernahe" Politiker!





Arbeitsmarktsituation in der Gemeinde Hüllhorst:

Von Ralf Kühn

DIE KATASTROPHE VOR DER HAUSTÜR!

Bereits 2 1/2 Millionen Arbeitslose auf Bundesebene sind erschreckend. Allerdings ist für viele Menschen diese Zahl immer noch eine anonyme Größe, solange keine eigene Betroffenheit existiert. Darum will ich in den folgenden Sätzen einmal auf die Situation der Arbeitslosen vor Ort in unserer Gemeinde eingehen.

Ende Februar 1984 waren im Kreis Minden-Lübbecke ca. 14.000 Arbeitnehmer ohne Arbeit. Stellt man diese Zahl in Relation zu den Einwohnerzahlen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in der Gemeinde Hüllhorst über 500 arbeitslose Mitbürger leben müssen.

Dies bedeutet, daß mindestens jeder 9. Hüllhorster Bürger arbeitslos ist. Geht man davon aus, daß zu jedem Arbeitslosen mindestens 2,5 Angehörige gehören, so ist jede 7. Familie in Hüllhorst von Arbeitslosigkeit direkt betroffen.

Es gibt immer noch Menschen, die glauben, daß die Ursache für Arbeitslosigkeit im Fehlverhalten des einzelnen Be-

troffenen zu suchen ist. Daß dem nicht so ist, kann man aus Statistiken des Regierungspräsidenten in Detmold herauslesen. Allein im Zeitraum vom 31.12.1980 bis zum 31.12.1982 wurden in der Gemeinde Hüllhorst 307 Arbeitsplätze abgebaut. Damit stehen wir an 5. Stelle unter den 12 Gemeinden mit dem stärksten Arbeitsplatzverlust im ganzen Regierungsbezirk Detmold. (insges. 70 Gem.)

Die Situation in den anderen angrenzenden Gemeinden und Städten ist ähnlich der in Hüllhorst, so daß ein Ausweichen in der Arbeitsplatzsuche auf andere Städte auch wenig Erfolg verspricht. Lediglich vier Gemeinden im gesamten Regierungsbezirk konnten leichte Arbeitsplatzzuwächse verzeichnen.

Die Ursachen dieser Beschäftigungskrise liegen nicht, wie allgemein behauptet, in einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung, sondern vielmehr ist diese Beschäftigungskrise Folge einer andauernden Rationalisierungs- und Automatisierungswelle in den Betrieben.

Vergleicht man die Zeiträume Januar und August 1981 mit Januar und August 1983, so

kann man feststellen, daß die Umsätze des produzierenden Gewerbes im Kreis Minden-Lübbecke um 6,3 % zunahmen, gleichzeitig aber die Beschäftigtenzahlen um 9,2 % zurückgingen.

Damit lag der Kreis Minden-Lübbecke in beiden Werten über dem Landes- und Regierungsbezirksdurchschnitt.

Diese beiden Zahlen widersprechen auch jeglicher Wachstums-Ideologie, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit herhalten soll. Sowohl die Bundesregierung als auch die Arbeitgeberverbände gehen davon aus, daß Arbeitslosigkeit sich allein mit Wachstum bekämpfen läßt. Die Frage ist hier nur, wenn bei 6,3 % Umsatzsteigerungen innerhalb von 2 Jahren immer noch 9,2 % weniger Beschäftigte sind, wieviel Umsatz man dann braucht, um mehr Leute einzustellen?

Vielleicht noch eine vergleichende Zahl. In Paderborn entwickelten sich im gleichen Zeitraum die Umsätze um 16,4 % nach oben, während die Beschäftigtenzahl immer noch um 0,4 % zurückging.

D.h., trotz eines jährlichen Umsatzwachstums um 8 % wurde nicht ein einziger Arbeitnehmer mehr eingestellt.

Gerade anhand dieser Zahlen kann man erkennen, daß Arbeitslosigkeit sich mit Wachstum alleine nicht bekämpfen läßt.

Die Sozialdemokraten in Hüllhorst wollen darum andere Wege einschlagen.

Diese Wege heißen:

1. Arbeitszeitverkürzung und zwar von Wochenarbeitszeit bis Lebensarbeitszeitverkürzung und

2. qualitatives Wachstum, das heißt, Wachstum in Bereichen, wo es sinnvoll und notwendig ist, z.B. im Umweltschutz.

Aber auch in der Gemeinde selbst fordern wir Maßnahmen für eine aktive Beschäftigungspolitik.

Alle öffentlichen Investitionen dürfen in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise nicht abgebaut, sondern sie müssen erhalten bzw. ausgebaut werden. Natürlich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.

Im Bereich der Entwässerung und der Gewässerreinigung, der Gebäude- und Straßenunterhaltung ist auch in unserer Gemeinde noch sehr viel zu tun an Maßnahmen, die unbedingt erforderlich sind. Wer diese notwendigen Investitionen zurückhält oder in die Zukunft verschiebt, der gefährdet und vernichtet Arbeitsplätze. Er verschlechtert auf Dauer aber auch die finanzielle Situation der Gemeinde, denn die aufgeschobenen Maßnahmen müssen eines Tages mit einem sehr viel höheren Geldaufwand durchgeführt werden.

Darüberhinaus kann die Gemeinde über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für eine Reihe von Bürgern zumindest befristet Arbeitslosigkeit abwenden. Von dieser Möglichkeit ist m.E. in Hüllhorst zu wenig Gebrauch gemacht worden.

Abschließend bliebe sicherlich festzustellen, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht auf Gemeindeebene oder besser gesagt in Händen des Gemeinderates allein liegen kann, aber auch die Gemeinde muß neben erforderlichen Maßnahmen der Tarifparteien der Bundes- und Landesregierungen ihre Beiträge zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit leisten.



NACHRICHTEN AUS SCHNATHORST

ROCKVERANSTALTUNG IN SCHNATHORST

Um das dürftige Angebot von Jugendveranstaltungen in unserer Gemeinde aufzufrischen, bemüht sich der SPD-Ortsverein Schnathorst/Bröderhausen, die Rockgruppe "F I L L M O R E" aus Minden für einen Rockabend zu gewinnen. Die Rockgruppe "F I L L M O R E", bestehend aus 4 Musikern, spielt Rock- und Bluesmusik und gab ihren Einstand in Schnathorst im Februar 1983 im Dorfgemeinschaftshaus. Zeitpunkt und Ort der Veranstaltung werden rechtzeitig bekanntgegeben.

VERKEHR GEZÄHLT

Mitglieder des SPD-Ortsvereins Schnathorst/Bröderhausen führten am 01. März 1984 eine Verkehrszählung an der Landstraße L 876 (Mindener Straße) im Ortsteil Struckhof durch. Die Zählung erfolgte nach den behördenüblichen Richtlinien und ergab nach Auszählung und Hochrechnung einen durchschnittlichen Tagesverkehr (DTV) von 2.418 Kraftfahrzeugen. Diese Zahl liegt deutlich unter dem Wert der letzten, amtlich durchgeführten Zählung von 2.600 Kraftfahrzeugen aus dem Jahr 1980.

Herzliche Einladung

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen zu einer

Bürgerversammlung

zu aktuellen politischen Fragen

am **S O N N T A G , D E N 2 9 . A P R I L 1 9 8 4**

um **1 1 . U h r** in dem Gebäude der ehemaligen

G R U N D S C H U L E H O L S E N

Mit unserem örtlichen Bundestagsabgeordneten

**Lothar
Ibrügger**

Außerdem stehen zum
Gespräch zur Verfügung:

Das Kreistagsmitglied **JÜRGEN MEISTER**
Der SPD-Bürgermeisterkandidat: **KARL SCHWARZE**

Sowie weitere Mitglieder der SPD-Fraktion im
Rat der Gemeinde Hüllhorst



ANLIEGERBEITRÄGE AN DER L 876 (SCHNATHORSTER-/ MINDENER STRASSE) :

CDU NIMMT EIGENEN BESCHLUSS ZURÜCK!

Im Jahre 1980 wurden die Anlieger der L 876 in der Ortsdurchfahrt Schnathorst durch einen Mehrheitsbeschluß des Rates von den fälligen Beiträgen für den Ausbau der Gehwege befreit. Die dadurch ausgefallenen Finanzierungsmittel sollten zum überwiegenden Teil durch Landeszuschüsse und zum geringen Teil durch Haushaltsmittel der Gemeinde ersetzt werden.

Die SPD-Fraktion hatte dem damaligen Beschluß nicht zugestimmt, weil er gegen geltendes Recht verstieß und zu einer ungleichen Behandlung der Bürger führte. Eine Befreiung durfte nämlich nur dann ausgesprochen werden, wenn den betroffenen Anliegern im Vergleich zu anderen Fällen keine wirtschaftlichen Vorteile geboten wurden. Diese Voraussetzung war nach u.A. nicht erfüllt.

Diese Auffassung wird nun durch einen Runderlaß, in dem der zuständige Minister auf die geltenden rechtlichen Bestimmungen hinweist, bestätigt. CDU und FDP, die den damaligen Beschluß in einer Sondersitzung durchgesetzt hatten, sehen sich jetzt zur Aufhebung ihres eigenen Beschlusses veranlaßt. Die Folge wird sein:
Die von der Gemeinde abgerufenen Zuschüsse müssen mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden. Die Anlieger müssen den vollen satzungsmäßigen Beitrag nachzahlen.

Auf drei Punkte möchten wir in diesem Zusammenhang etwas näher eingehen:

1 CDU und FDP behaupten zwar, der damalige Beschluß sei rechtlich in Ordnung gewesen, gleichwohl wollen sie ihren Beschluß aufheben. Darin liegt ein Widerspruch, den man sogleich erkennt, wenn man den folgenden Wortlaut des damaligen Beschlusses betrachtet:

" Der Ausbau der Gehwege innerhalb der Ortsdurchfahrt bringt den Anliegern keine wirtschaftlichen Vorteile. Es wird daher festgestellt, daß wegen Fehlens des wirtschaftlichen Vorteils Beiträge nach § 8 KAG für die straßenbauliche Maßnahme an der L 876 in der Ortsdurchfahrt Schnathorst nicht erhoben werden können."

Wenn die Feststellung, daß die Anlieger keine wirtschaftlichen Vorteile hatten, zutreffen würde, dann dürfte der Beschluß nicht aufgehoben werden, dann könnten den Anliegern auch jetzt keine Beiträge abverlangt werden. Durch die jetzige Aufhebung des Beschlusses wird somit bestätigt, daß die damalige Feststellung unzutreffend und damit unrechtmäßig war. Eine Änderung der Rechtslage, worauf man sich nun gerne berufen möchte, ist nicht erfolgt.

2 Wir sind der Meinung, daß der damalige Beschluß auch ungerrecht war, weil er zu einer ungleichen Behandlung der Bürger unserer Gemeinde führte. Die Anlieger von Ortsdurchfahrten der Landstraßen haben bereits einen gewissen Vorteil dadurch, daß sie nur zu den Kosten der Gehwege und evtl. der Parkstreifen und dabei auch nur mit einem geringeren Anteil herangezogen werden. Die Anlieger der Gemeindestraßen müssen dagegen nach der Ortsatzung auch die Fahrbahn mit bezahlen. Zudem ist der Anteil, mit dem sie an den Kosten beteiligt werden, höher. Dies führt dazu, daß die Anlieger von Gemeindestraßen in der Regel einen wesentlich höheren Beitrag je m² Grundstücksfläche zu tragen haben wie die Anlieger der Ortsdurchfahrten. Es kann darum nicht gerecht sein, wenn den Anliegern einiger Ortsdurchfahrten diese ohnehin geringeren Beiträge erlassen werden, während die Anlieger der Gemeindestraßen die ohnehin höheren Beiträge voll bezahlen müssen.

3 Nach der Diskussion um den Freistellungsbeschluß im Jahre 1980 hatte ein Bürger der Gemeinde Hüllhorst in dieser Sache an den Innenminister geschrieben. CDU und FDP wollen nun offenbar diesem Bürger die Schuld dafür zuschieben, daß die Anlieger der L 876 nachzahlen müssen. Gegen diesen Versuch, für die Folgen eines rechtswidrigen Beschlusses einen verantwortungsbewußten Bürgerschuldig sprechen zu wollen, wenden wir uns mit aller Entschiedenheit.

Verantwortungslos haben die Ratsmitglieder gehandelt, die mit ihrem zweifelhaften Beschluß Gelder der Gemeinde in Millionenhöhe aufs Spiel setzten. Die Eingabe des Bürgers hat mit dem Erlaß des Ministers nicht das geringste zu tun.

1. Mai '84
Arbeit für alle
 DGB

MAI VERANSTALTUNGEN DES DGB:

- 30. April, Gaststätte Blase in Lübbecke 19.30 Beginn. Nach der Festansprache: TANZ IN DEN MAI
- 1. Mai Maiumzug in Minden: Treffpunkt am Dreiecksplatz um 10.00 Uhr. Anschl. Kundgebung auf dem Johanniskirchhof. Es spricht: KARL-ERNST SCHMIDT

Für ein starkes und solidarisches Europa

Am 17. Juni 1984 ist die 2. Direktwahl zum Europäischen Parlament. Die Kandidatin für unseren Bereich stellt sich in Hüllhorst vor:

MECHTHILD ROTHE kommt am 29. Mai 1984 um 20.00 Uhr in die Gaststätte "Deutsches Haus" in

Hüllhorst. Alle sind herzlich eingeladen!



HÜLLHORSTER SPD-FRAKTION BESORGT UM WALDSTERBEN IM WIEHENGEBIRGE!

Waldsterben: Warten, bis alles kaputt ist?

Der Wald im Wiehengebirge stirbt! Von dieser traurigen Tatsache konnte sich die SPD-Fraktion im Hüllhorster Rat kürzlich selbst überzeugen.

Der Fraktionsvorsitzende Karl Schwarze konnte bei der Besichtigung an Ort und Stelle den Leiter des Forstamtes Minden, Herrn Forstdirektor Grandjot, und Herrn Derlin von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald sowie zahlreiche Gäste begrüßen.

Nach dem Aufstieg vom Parkplatz auf Horst's Höhe zum Funkturm übernahm Herr Grandjot die Führung. In eindrucksvoller Weise erläuterte und demonstrierte er die Ursachen und das erschreckende Ausmaß der Waldschäden:

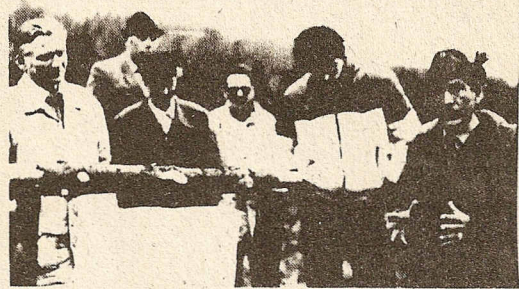
Die Ursache der Schäden ist in der Verunreinigung der Luft zu suchen, die bereits seit Jahrzehnten einen Teufelskreis in Gang setzt, der kaum noch aufzuhalten ist. So hat z.B. die Versauerung der Böden im Wiehengebirge in den letzten 20-30 Jahren um das 10-fache zugenommen!

Zusammengenommen führen diese Belastungen zu einer Stresssituation, die unsere Wälder auf Dauer nicht überstehen. Dies gilt besonders für die West- bis Südlagen, die von verunreinigten Luftströmungen besonders getroffen werden.

In einem entsprechenden Fichtenwald auf dem Heidbrink konnten die SPD-Fraktionsmitglieder das ganze Ausmaß dieser Katastrophe sehen: Nicht ein einziger Baum war gesund !!

Hinzu kommt noch der Angriff der Borkenkäfer, gegen den sich die kranken Bäume einfach nicht mehr wehren können.

Im Amtsbezirk des Forstamtes Minden wurden 600 sog. Borkenkäferfallen aufgestellt.



Die Fallen werden den Waldbesitzern von Minister Matthiesen, den Herr Grandjot wegen seiner zielstrebigen Umweltpolitik besonders lobte, kostenlos zur Verfügung gestellt.

Nach Mitteilung von FD Grandjot sind in seinem Amtsbezirk, der die Kreise Minden-Lübbecke und Herford umfaßt, 51% des Waldbestandes krank. Dies ist eine erschreckende Zahl, die zu einer tiefen Betroffenheit bei allen Teilnehmern führte. "Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch", das könnte die Konsequenz der Entwicklung sein, wenn nicht sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

T A G D E S W A L D E S !

Landesweite Waldbegehung auch bei uns:

Sonntag, den 6. Mai 1984

10.00 Treffen am Parkplatz "Am Strubberg" auf Horst's Höhe. Beginn mit Waldgottesdienst, anschl. Waldwanderung mit Erläuterung der Waldschäden.